Leserforum DIENSTAG, 24. MÄRZ 2020 | 76. JAHRGANG | NR. 71 Frankfurter Rundschau

BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski Frankfurter Rundschau 60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

SARS-COV-2

Liebe Leserinnen, liebe Leser, derzeit erreichen mich außergeöhnlich viele Zuschriften, vor allem zum Thema Pandemie. Leider ist es unmöglich, sie alle im Print-Leserforum zu veröffentlichen. Dafür reicht der Platz vorn und hinten nicht. Damit Sie trotzdem zum Zuge kommen, werden diese Zuschriften im FR-Blog veröffentlicht:

frblog.de/coronavirus Ihr Bronski

Die Hand aufhalten

Reichsbürger: "Deutsche Stämme' sind verboten", FR-Politik vom 20. März

Dass Herr Seehofer diese Gruppierung verbieten will, wird höchste Zeit. Was sich da unter diesem Deckmäntelchen an rechtem Gedankengut verbirgt, ist in anderen Gruppen schon verboten. Dem sollte so schnell wie möglich ein Ende gesetzt werden. Auch kann ich nicht verstehen, wie man diesen Leuten einen Waffenschein ausstellen kann, da sollten in Zukunft in allen Richtungen Informationen eingeholt werden, bevor man einen solchen Ausweisgenehmigt. Wer diesen Staat, seine Regierung und die Demokratie in keinster Weise anerkennt und sich weigert, Steuern zu zahlen, der hat kein Anrecht auf jeglicher Art von Zahlungen (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe und andere Hilfeleistungen), die von der Bundesrepublik gezahlt werden. Es kann ja nicht sein, dass Rechtspopulisten den Staat bekämpfen und gleichzeitig bei selbigem die Hand aufhalten. Hermann Schöninger, Hanau

SORRY

In "Dr. Hontschiks Diagnose" vom 21.3. (S.44) haben wir ein wichtiges Wort unterschlagen: Infektionskrankheiten seien die wichtigste Todesursache, heißt es da. Es fehlt: weltweit.

Vom täglichen Kampf ums Toilettenpapier

Leben in Zeiten der Pandemie: "100 000 Urlauber mit Luftbrücke nach Hause geholt", FR-Politik vom 21. März, und weitere Berichte

Es war unverantwortlich, den Urlaub anzutreten

Unsere Regierung hat sich angesichts der Coronakrise viele Themen auf die Fahnen geschrieben, und das ist auch richtig so und muss sein. Eine Maßnahme ist die Rückholung von Menschen, die im Ausland sind und dort festsitzen. Die Gründe für deren Aufenthalt sind vielseitig und die daraus resultierenden Folgen waren nicht absehbar. In diesen Fällen ist die Aktion auch durchaus angemessen.

Wer sich aber dem Risiko, dass es zu dieser Situation kommen kann, ausgesetzt hat, sind die Touristen. Wenn man davon ausgeht, dass diese erst vor Kurzem (selbst vor ein paar Wochen) ihren Urlaub angetreten haben, war die Coronakrise schon so weit fortgeschritten, dass man die Folgen hätte absehen können. Jetzt lesen wir Berichte über "Gestrandete" oder sehen ihre Erlebnisberichte im Fernsehen und bedauern die Armen noch. Vielmehr war es unverantwortlich, den Urlaub anzutreten. Es wurde mehrfach davor gewarnt, und es war zu vernehmen, dass selbst die Reiseveranstalter Urlaubsreisen absagen. Einige denken eben nur an sich und keinen Schritt weiter. Dies ist ebenso unsozial wie die Hamstereinkäufe und das Bunkern von Klopa-

Leider besteht bei uns ein "Gottvertrauen" ganz nach dem Motto: "Es wird schon jemand richten". Bravo, wieder mal recht gehabt! Die Bundesregierung stellt 50 Millionen Euro für die Rückholung zur Verfügung. 50 Millionen Euro aus Steuergeldern, die an anderer Stelle fehlen, z.B. bei der Erforschung des Coronavirus, der Bereitstellung wichtiger Krankenhausmaterialien oder für Bonuszahlungen für Menschen in systemrelevanten Berufen einschließlich der Abertausenden Verkäufer*innen, die sich täglich den Gefahren aussetzen müssen.

Bleibt zu hoffen, dass die Urlaubsheimkehrer diese Wohltat zu schätzen wissen und ihrerseits alles daran setzen, Gutes zu tun. Möglichkeiten hierzu gibt es genug. Robert Proll, Rodenbach

Plötzlich steht unerwartet jemand vor oder hinter mir

Ich gehöre der Risikogruppe 65plus an. Jeden Tag wird an die Bürger appelliert, Rücksicht zu nehmen auf andere. Und das nicht nur auf Risikogruppen. Es ist eigentlich selbstverständlich, dass alle in diesen schwierigen Zeiten aufeinander achten. Nach meinen Beobachtungen und Erfahrungen ist das Gegenteil der Fall. Die Leute laufen wie Schlafwandler durch den Einkaufsmarkt. Ständig steht jemand hinter, neben oder plötzlich vor mir. greift über mich hinweg in ein Regal, kommt dicht an mich heran und fragt etwas. Der gestrige Marktbesuch war ein Schock für mich, zumal nach der Fernseh-Ansprache. Aber auch draußen passiert Unglaubliches. Ein junger Mann mit Hund lief breitbeinig und mit langer Hundeleine

den Bürgersteig entlang, so dass

die ältere Dame, die ihm entgegenkam, mit ihrem Rollator kaum an ihm vorbeikam, geschweige denn Abstand halten konnte. Wenn ich beim Nordic Walking durch die Straßen laufe, renne ich pausenlos von einer Straßenseite auf die andere, weil die mir Entgegenkommenden viel Platz für sich benötigen und gar nicht daran denken, sich und andere zu schützen. Wenn die Leute nicht endlich aufwachen und sich freiwillig ändern, was soll man da tun?

Marina Hellmig, Griesheim

Diese Hamstermentalität ist nicht lustig

Die Grand Dame der österreichischen Literatur, Marie von Ebner-Eschenbach, schrieb einmal: "Der Gescheitere gibt nach! Eine traurige Wahrheit; sie begründet die Weltherrschaft der Dummheit". Die Stimmigkeit dieser Aussage verlöre auch dann nicht ihre Gültigkeit, ersetzte man "Gescheitere" durch Anständige oder Rücksichtsvolle und "Dummheit" durch Egoismus oder Brutalität.

Studieren lässt sich dies täglich etwa im Supermarkt, in dem der Kampf ums Toilettenpapier mittlerweile Ausmaße angenommen hat, die eines zivilisierten Gemeinwesens absolut unwürdig sind. In Heddernheim im Rewe zum Beispiel lassen sich seit mehr als zehn Tagen weder besagter Hygieneartikel noch Küchenrollen, Papiertaschentücher etc. käuflich erwerben ganz offensichtlich dem rabiaten Stumpfsinn sogenannter Hamsterkäufer und Hamsterkäuferinnen zu verdanken ist, die, nach Auskunft der bedauernswerten (und tapferen!) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schon morgens auf neue Warenlieferungen lauern, sodann den Laden stürmen und in Nullkommanichts alles von dem abräumen, was uns Menschen ja bekanntlich von den Tieren unterscheidet.

Zehn Tage! Das ist mittlerweile kein dem Corona-Virus geschuldetes Scherzchen mehr, das in den Feuilletons für ein paar heitere Lesemomente sorgt (vor allem, wenn man an ältere, kranke oder behinderte Mitbürgerinnen und Mitbürger denkt) - das ist, im Gegenteil, ein nicht nur zutiefst unsolidarisches, ja, asoziales Verhalten, das sich zudem exponentiell verbreitet; je gemeinwohlgemeiner sich diese Konsumenten – besser: Hort- und Raffzahnnaturen - aufführen, um so mehr leere Regale existieren, die verunsicherte Mitmenschen dann ebenfalls zu einem Kaufverhalten jenseits des realistischen Alltagsbedarfs animieren.

Als Ausweg schlage ich vor, dass künftig das erste Produkt (eine Zehnerrolle Klopapier etwa) zum handelsüblichen Preis und das zweite nur noch zum verzehnfachten verkauft werden darf. Ich kann mir gut vorstellen, dass ein solcher vulgärsozialistischer Versuch, die derzeit unheilvolle Arithmetik von Angebot und Nachfrage zu brechen und im Sinne einer Gemeinwohlorientierung einzusetzen, zumindest an dieser Linie der Corona-Front für ein bisschen mehr Ge-

rechtigkeit und ein Abflauen der Hysterie- und Beunruhigungskurve sorgen könnte.

Manfred Back, Frankfurt

Eine Gelegenheit, große Dinge zu tun

Wie geht es uns "Risikopatienten", wenn wir jetzt möglichst zu Hause bleiben sollen? Meine erste Überlegung war: Prima, jetzt habe ich viel freie Zeit. Ich "muss" nicht mehr dreimal wöchentlich ins Sportstudio, viele der regelmäßigen Abendveranstaltungen sind abgesagt, selbst die Ehrenämter ruhen. Ich werde viel lesen, aufräumen, ausmisten.

Aber meine Überlegungen gehen tiefer. Wir Christen begehen gerade die Fasten- oder Passionszeit, das heißt auch Besin-Gewissenserforschung, Reue, Umkehr. Ich kann diese Auszeit nutzen als Chance zum Innehalten und Nachdenken, wieder wahrnehmen, was jetzt nottut und was und wer mir wirklich wichtig ist im Leben, meine eigene Lebensweise überprüfen. Arbeiten und Kaufen sind nun die letzten legitimen Gründe, das Haus zu verlassen. Maßhalten, anders leben kann ich jetzt vielleicht einüben. Aber wir Menschen sind soziale Wesen und brauchen die Kontakte zueinander. Wir müssen kreative der Kommunikation Formen entwickeln, was im Zeitalter der Digitalisierung leicht möglich ist.

Ein anderer Gedanke: Wir klagen über geschlossene Museen und Fitness-Studios, über abgesagte Spaßveranstaltungen, während hinter der griechischen und syrischen Grenze Menschen krepieren. Wie können wir da Solidarität zeigen und nicht nur an unsere eigenen Probleme denken?

Und an die Politiker: Während Gesundheitspolitiker innerhalb weniger Wochen zuvor undenkbare Einschränkungen anordnen können, durften Umweltpolitiker in der vergleichsweise riesigen Klimakrise innerhalb von 40 Jahren nichts anordnen. Ich will nicht beides gegeneinander ausspielen, aber ich hoffe, dass die Politiker nach den Erfahrungen mit der Seuche anschließend die CO₂-Verseuchung genauso beherzt angehen.

In Publik-Forum habe ich den Satz eines ehemaligen Bürgermeisters von Chicago gefunden: "Verschwende nie eine Krise. Sie gibt uns Gelegenheit, große Dinge zu tun."

Christa Heisig, Heusenstamm

Alle Einnahmen sind weggebrochen

Die Lage ist dramatisch. Wir sind ein kleines Gästehaus in Stuttgart-Untertürkheim. So wie uns geht es vielen. Seit letzter Woche sind die Einnahmen zu 100 Prozent zusammengebrochen. Alle Übernachtungsgäste und Gruppen mussten ihre Buchungen aufgrund von Corona für die nächsten Monate stornieren. Wir haben sofort alle Veranstaltungen abgesagt. Wie soll ein Kleinbetrieb in Vorleistung treten, wenn alle Einnahmen wegbrechen?

Die Politiker sagen, dass sie Hilfspakete geschnürt haben. Bei unserer Hausbank war letzte Woche noch nichts von Soforthilfen bekannt. Bei den staatlichen Stellen sind die Telefone ständig besetzt, auf Mails haben wir noch keine Antwort erhalten. Wir brauchen unbedingt jetzt sofort, genau wie bei der Hochwasserkatastrophe, schnelle unbürokratische finanzielle Hilfe, die wir nicht zurückzahlen müssen.

Wir haben sofort Kurzarbeit angemeldet. Leider erhalten nur sozialversicherungspflichtigen Mitarbeiter 60 bis 67 Prozent. Unsere Minijobber gehen leer aus. Viele haben jetzt Angst ihren Job zu verlieren. Merkel ruft zur Solidarität auf und sagt es gibt 200 Milliarden Euro Rücklagen. Es wäre sehr wichtig, das Kurzarbeitergeld für alle inklusive Minijobber auf 100 Prozent aufzustocken und dass die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerabgaben voll übernommen wer-Petra Lederer, Stuttgart den.

Die Stunde der Reichen und Superreichen

Wo bleibt die Corona-Solidarität der Reichen und Superreichen? Das Virus gefährdet nicht nur die Gesundheit, sondern auch die wirtschaftliche Situation vieler Menschen und Betriebe. Doch was tragen diejenigen dazu bei, denen es am wenigsten wehtut? Allein in Deutschland leben mehr als 100 Milliardäre mit einem Vermögen von rund 500 Milliarden Euro, Deutschland hat nach den USA und China die meisten Milliardäre. Laut Auskunft der Deutschen Bundesbank besitzen zehn Prozent der reichsten Menschen 56 Prozent des Gesamtvermögens in Deutschland. In den vergangenen fünf Jahren ist ihr Vermögen um mehr als 30 Prozent gewachsen – auch Dank des Börsen- und Immobilienbooms. Sie sollten jetzt ihren Beitrag leisten: Durch den Verzicht auf Dividenden, Aussetzen des Börsenhandels während der Krise oder auch der Zahlung von Vermögenssteuer, z.B. zunächst kurzfristig einmalig in Höhe des Vermögenszuwachses um 30 Pro-

Damit würden allein durch die Besteuerung der Milliardäre etwa 170 Milliarden Euro freigesetzt: Für dringend erforderliche Forschungen in Impfstoffe und den Aufbau von Pflegekapazitäten, für die Unterstützung gemeinwirtschaftlicher Unternehmen (die über keinerlei Rücklagen verfügen) und Gastronomieund Kulturbetriebe, für Kurzarbeitergeld und Unterstützung von klein- und mittelständischen Unternehmen, die Verlängerung des Arbeitslosengeldes und vieles mehr. Ebenfalls wichtig wäre die sofortige bundesweite Einführung eines Mietendeckels und ein Verzicht auf Räumungsklagen bei Nichtzahlung von Mieten, um die Bevölkerung vor den Auswirkungen der Krise zu schützen.

Wenn wir eine Solidargemeinschaft sein wollen, dann müssen jetzt auch diejenigen Verantwortung zeigen und sich an den Kosten der Krise beteiligen, die es sich leisten können.

Elke Große Vorholt, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/coronavirus